

An die  
Mitglieder des  
Ausschusses für Recht, Verwaltung und Sicherheit  
in der  
Frankfurter Stadtverordnetenversammlung

**Ansprechpartner:**  
Uli Breuer: (0179) 6909xxx  
Roland Schäfer: (0172) 6820xxx  
Walter Schmidt: (0152) 21512xxx

**Spendenkonto:**  
IBAN: DE76 5009 0900 5148 1976 00  
BIC: GENODEF1P06

Frankfurt, den 16.05.2020

## Transparenzsetzung für Frankfurt - Antrag der FRAKTION vom 09.03.2020, [NR 1139](#)

Sehr geehrte Damen und Herren Stadtverordnete,

in Ihrer Sitzung am 28.05.2020 beraten und entscheiden Sie auch über den im Betreff genannten Antrag der Stadtverordneten Nico Wehnemann, Herbert Förster und Thomas Schmitt.

Wir möchten Sie bitten, diesem Antrag zuzustimmen, weil damit die Möglichkeit eröffnet wird, eine bestehende Lücke im demokratischen Aufbau von Staat und Verwaltung zu schließen. Die von kommunalen Entscheidungen und Handlungen betroffenen Menschen, aber auch die Vertreter\*innen der Medien, hätten mit einer kommunalen Transparenzsetzung bessere Möglichkeiten, sich zu informieren und Diskussions- und Entscheidungsprozesse der kommunalen Verwaltung zu bewerten und zu begleiten. Kommunale Verwaltungen haben im Grundsatz nichts zu verbergen, irreführenden Verschwörungstheorien sollte von vornherein mit Transparenz wirksam begegnet werden.

Mit der Novellierung des Hessischen Datenschutzgesetzes wurde im Mai 2018 erstmals für Hessen in den §§ 80 – 89 HDSIG auch ein [Informationsfreiheitsgesetz](#) geschaffen. Ausgenommen vom Geltungsbereich des HDSIG sind dabei u. a. die kommunalen Gebietskörperschaften, es sei denn, sie beschließen durch eigene Rechtssetzung eine kommunale Informationsfreiheitssatzung ([§ 81 Abs. 1 Ziff. 7 HDSIG](#)). Nicht nur aus diesem Grund gilt das HDSIG als [das schlechteste Informationsfreiheitsgesetz in Deutschland](#).

Die Bürgerrechtsgruppe **dieDatenschützer Rhein Main** hat auf der Basis eines Satzungsentwurfs des [Bündnis Informationsfreiheit für Bayern](#) einen Entwurf einer kommunalen Informationsfreiheitssatzung erarbeitet. Dieser geht über die restriktiven Regelungen in den §§ 80 – 89 HDSIG hinaus und nimmt Anregungen aus anderen Landesgesetzen zur Informationsfreiheit und Transparenz von staatlichem und Verwaltungshandeln auf. Die Mustersatzung (Entwurf) „Informationsfreiheit für Städte und Gemeinden in Hessen“ finden Sie als Anlage



zu diesem Schreiben. Wir würden uns freuen, wenn Sie diesen Entwurf bei der Erarbeitung einer kommunalen Informationsfreiheitsatzung für die Stadt Frankfurt und ihre Ämter und Betriebe beachten.

Dem Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit wurde der Satzungsentwurf im Januar 2020 vorab zur Kenntnis gegeben. In einer Stellungnahme wurden von diesem keine Einwände gegen den Satzungsentwurf erhoben.

Im Februar 2020 hat ihn die Bürgerrechtsgruppe **dieDatenschützer Rhein Main** den kommunalen Spitzenverbänden in Hessen (Hessischer Städtetag e. V.; Hessischer Städte- und Gemeindebund e. V.; Hessischer Landkreistag) übergeben.

Mit freundlichen Grüßen

**dieDatenschützer Rhein Main** (<https://ddrm.de/>)

gez. Roman Peters

gez. Roland Schäfer

gez. Walter Schmidt

## **Anlage**

**Mustersatzung (Entwurf) „Informationsfreiheit für Städte und Gemeinden in Hessen“**

**dieDatenschützer Rhein Main sind**

- eine Gruppe des Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung (<http://vorratsdatenspeicherung.de/>),
- Partner der Aktion: „Stoppt die e-Card!“ (<http://www.stoppt-die-e-card.de/>),
- Partner des Bündnis „Demokratie statt Überwachung“ (<https://www.demokratie-statt-ueberwachung.de/>),
- Partner des Frankfurter Bündnis gegen TTIP, CETA und TISA (<https://ttipstoppenffm.wordpress.com/>) und
- Partner der „Initiative Finanzplatz Frankfurt“ (<https://ddrm.de/wp-content/uploads/IFiF-Verfassung-201605.pdf>).

Hervorgegangen ist die Gruppe aus der Volkszählungsbewegung „11gegenZensus11“.

Die aktuellen Arbeitsschwerpunkte sind ein unabhängiges Frankfurter Datenschutzbüro, die Videoüberwachung des öffentlichen Raums und von politischen Aktivitäten (Demonstrationen und Kundgebungen), die elektronische Gesundheitskarte, die Vorratsdatenspeicherung sowie weitere Datenschutzthemen.